

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Möller (AfD):

Ja, das ist ja eine Stimmung hier. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Brandenburger! Liebe Schüler aus Guben! An dieser Stelle spreche ich wieder meinen herzlichen Dank an die Polizei aus. Die Polizeibeamten in unserem Land leisten am Bürger einen unschätzbar wichtigen Dienst für Brandenburg.

TE



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

(Möller)

Ich sage das gerade vor dem Hintergrund, dass alle Fraktionen außer der AfD hier im Hohen Hause der Polizei so wenig Vertrauen entgegenbringen - ich denke nur an das Gesetz zum Polizeibeauftragten. Das Gesetz muss weg - aber das ist ein anderes Thema.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Nee!)

Der uns vorliegende Bericht über bestimmte Maßnahmen der Datenerhebung offenbart, dass die Beseitigung einer Suizidgefahr und die Suche nach vermissten Kindern in mehreren Hundert Fällen einen Arbeitsschwerpunkt darstellen. Ich hoffe, Herr Staatssekretär Schüler, Sie konnten alle vermissten Kinder finden. Vielleicht können Sie uns in Ihrem Redebeitrag dazu einige Zahlen nennen.

Aber, Herr Staatssekretär Schüler, einige Punkte an dem Bericht stören mich: zum Beispiel das restriktive Anwenden der sogenannten Videoüberwachung im öffentlichen Raum. - Sie bauen sogar die offene Videoüberwachung in Frankfurt (Oder), der viertgrößten Stadt Brandenburgs, ersatzlos ab. Wir in Frankfurt sahen am Grenzübergang Stadtbrücke die Videoüberwachung auch als einen Teil der Kompensation für das Ende der systematischen Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen im Jahr 2008 an, denn die offene Videoüberwachung wurde dort schon 2010 eingeführt. Damals wurde die Videoüberwachung mit der hohen Kriminalität am Grenzübergang Stadtbrücke begründet.

Ihre Bewertung, dass der Grenzraum um die Stadtbrücke kein Kriminalitätsschwerpunkt mehr sei, können wir nicht nachvollziehen; das habe ich im Innenausschuss schon gesagt. Ihr Bericht belegt ja, dass die Fallzahlen im videoüberwachten Bereich höher als im Jahr 2010 sind. Die Zahl der Straftaten in der gesamten Innenstadt steigt wieder. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die Coronamaßnahmen in den letzten Jahren zu einem verzerrten Realitätslagebild beitragen.



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Bedenken Sie auch, dass der grenzüberschreitende Verkehr früher überwacht wurde, denn eine automatische Kennzeichenfahndung über die Ein- und Ausreisepuren auf der A12 Richtung Bundesgrenze zwischen Frankfurt und Słubice mit der sogenannten KESY-Einrichtung gibt es nicht am Grenzübergang. Für uns ist das also nicht nachvollziehbar.


Wir fragen auch, ob die Demontage der Videoanlage an der Stadtbrücke mit der Bundespolizei abgesprochen wurde. Wir können uns nicht vorstellen, dass es da keine Bedenken gab, denn die örtlichen Polizeibeamten sagten mir, dass sie die Demontage bedauerten. Wir glauben, dass sie nur auf Druck der Grünen, also aus politischen Gründen, so entschieden haben.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Was?! So ein Quatsch!)

Das Votum der Polizei in Frankfurt scheinen Sie zu ignorieren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD] - Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Die bösen Grünen!)

490
- Ja, die bösen Grünen! Genau, wegen des Polizeibeauftragten! Genau so! - In der aktuellen Auflage des Standardwerks für Polizeiausbildung, Kriminologie und Kriminalistik vom Kriminalistikverlag berichten die Autoren, dass empirische Studien in Deutschland in Bezug auf die Videoüberwachung im öffentlichen Raum interessante Ergebnisse zeigen: In einem Bielefelder Überwachungsprojekt stellten Experten fest, dass die Zahl der Straftaten im überwachten Bereich um 47 % zurückging. 60 % der befragten Bürger gaben an, dass sie sich im überwachten Raum sicherer fühlten. 43,5 % sprachen sich sogar für eine Erweiterung der Videoüberwachung aus. Auf Seite 94 ff. im Standardwerk wird beschrieben, dass 27 Experten aus 27 Ortschaften, die von der Polizei oder von Gefahrenabwehrbehörden kamen, der Videoüberwachung positiv gegenüberstünden. Alle befragten Experten waren sich



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

einig, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger in den Städten durch die Videoüberwachung gestärkt werde.

Was Sie auch nicht verstehen, ist, dass der Bund über die Kreditanstalt für Wiederaufbau sogar die Videoüberwachung des Privateigentums der Bürger über günstige Kreditvergabe fördert. Aber Sie hier im Land Brandenburg verschließen sich dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger.

In Großbritannien wird der öffentliche Raum sogar mit 500 000 Überwachungskameras gesichert.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Ist das peinlich!)

Die öffentliche Akzeptanz liegt in Großbritannien bei über 90 %. Die Briten wollen die Videoüberwachung. Oder wollen Sie behaupten, dass Großbritannien ein Unrechtsstaat sei?

Ich frage gerade die CDU: Warum lassen Sie sich von den Linksrünen so einlullen und einschüchtern?

(Lachen der Abgeordneten Frau Gossmann-Reetz [SPD])

Kein Mensch regt sich darüber auf, dass an Tankstellen private Unternehmen systematische Videoüberwachung betreiben, um Tankbetrug vorzubeugen. Was sich hier nicht offenbart, ist: Eingriffe in die Telekommunikation, Kennzeichenfahndung und Videoüberwachung kriminalitätsbelasteter Straßen und Plätze sind wichtig.

(Anhaltende Unruhe)

Das Land Brandenburg wird durch die grenzüberschreitende, organisierte und importierte Kriminalität massiv belastet. Die Bürger leiden unter Raubüberfällen,

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Einschleusung von Ausländern, Aufsprengen von Geldautomaten - das ist gerade in Frankfurt wieder passiert - und unter unkontrollierten offenen Grenzen.

Wir von der AfD-Fraktion werden nicht müde, die Landesregierung an ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bürger zu erinnern, sich für die Sicherheit einzusetzen, die Videoüberwachung auszubauen und dabei auf modernste Technik zu setzen.

Vizepräsidentin Richstein:

Herr Abgeordneter, Sie müssten bitte zum Schluss kommen.

Möller (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Sie werden ohnehin nicht dauerhaft auf technische Möglichkeiten verzichten können, denn das Personal bei der Polizei wird immer größer.

(Frau Gossmann-Reetz [SPD]: Was?! - Das Personal bei der Polizei wird immer größer?!) ↑

Da machen offen aufgestellte modernste Kameraüberwachungen im öffentlichen Raum Sinn, denn die Polizei kann nicht überall sein.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Berndt [AfD])

Vizepräsidentin Richstein:

Herr Abgeordneter, Sie müssten jetzt wirklich zum Schluss kommen.

Möller (AfD):

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Vielen Dank. - Deswegen setzen wir auf Videotechnik. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Richstein:

Herr Abgeordneter Noack hat eine Kurzintervention angemeldet.

(Kretschmer [DIE LINKE]: Nicht aufwerten, Andreas!)



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Möller (AfD):

Frau Präsidentin! Herr Noack, ich habe mit Herrn Schüler darüber gesprochen, ich habe auch die Experten in der Abteilung der Polizei angesprochen. Sie alle haben gesagt: Das wurde so entschieden. Die Kameras wurden abgebaut. - Ich habe mit Polizeibeamten vor Ort gesprochen - Sie sind ja nicht aus Frankfurt -, und sie haben gesagt: Sie finden es bedauerlich, dass die Kameras abgebaut worden sind.

(Beifall AfD)

Das ist einfach so. Das sind Fakten. Sie sollten sich beruhigen, Herr Noack. Vor Ort zu sein und mit den Leuten zu reden, macht mehr Sinn. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Richstein:

Wir kommen zum Redebeitrag der CDU-Fraktion. Für sie spricht Herr Abgeordneter Lakenmacher.

